

Behindertenbeauftragte der bayerischen Staatsregierung hört sich Sorgen und Nöte von Eltern und Lehrern mit besonderen Kindern an

Irmgard Badura ist selber behindert und kennt alle Probleme von denen ihr die Menschen, die sich in der Schule für Sprachförderung in Nürnberg am vergangenen Freitag versammelt haben, berichten. Die blinde Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung ist der Einladung von Hanne Lang und Stephan Meister, Elternvertreter des Nürnberger Elternverbands für das Sachgebiet Förderschulen, sehr gerne gefolgt.

In ihrer Funktion als Behindertenbeauftragte hat Badura Anhörungsrecht in allen Ministerien der bayerischen Staatsregierung. Inständig hoffen die anwesenden Eltern, Junglehrer und Elternvertreter des Nürnberger und Bayerischen Elternverbands an diesem Abend, dass Badura die Missstände, von denen man ihr berichtet, in die entscheidenden Gremien trägt und dass dies zu Verbesserungen bei der Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowohl in Förderschulen als auch an der allgemeinen Schule führen wird.

Eine Mutter beklagt die umständliche Praxis für die Nutzung von therapeutischen Angeboten wie Logopädie, Ergotherapie und Krankengymnastik. Die notwendigen Behandlungen für die Kinder müssen aufgrund schwer nachvollziehbarer Vorschriften in den Praxisräumen der Therapeuten stattfinden. Würden sie in den Schulen durchgeführt, was organisatorisch durchaus möglich wäre, könnten sich die Förderschüler und ihre Eltern zusätzliche, beschwerliche Wege sparen. Ausnahmen für therapeutische Anwendungen in den Schulgebäuden gelten nur für private Schulen. Nicht einmal in staatlichen Ganztages-Förderschulen dürfen die Therapien schülerfreundlich in den Räumen der Schule erfolgen.

Ohnehin müssen die Förderschüler in der Regel sehr weite Schulwege in Kauf nehmen. Am Beispiel der Schulen für hörgeschädigte Kinder lässt sich deutlich veranschaulichen, wie groß das Einzugsgebiet und wie weit die Wege für Kinder mit Handicap oft sind.

Ein Vater aus Fürth macht auf die auffällige Abschiebung der Förderschüler in die Außenbezirke Fürth Nord und Süd aufmerksam. Dagegen würden sich die Regelschulen alle im Zentrum der Stadt befinden. Die so entstehenden weiten Wege ermöglichen keine gute Kontaktpflege zwischen Eltern und Lehrer. Auch die so wichtige Beziehung der Förderschüler untereinander im privaten Bereich wird durch die weiten Entfernungen unterbunden.

Behindert ist man nicht, behindert wird man. Eingeschränkte Menschen könnten auf natürlichere Weise leben, wenn man für entsprechende Bedingungen sorgen würde, so der Tenor des aufgewühlten Publikums an diesem Abend.

Auch waren sich alle Anwesenden einig, dass das Geld, welches der weite Transport der Kinder verschlingt, in mehr Sonderschullehrerstunden besser angelegt wäre. Von der Umsetzung der UN-Konvention, die die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems auch in Bayern vorschreibt, in dem behinderte Kinder und Jugendliche gemeinsam an der allgemeinen Schule unterrichtet werden, erhoffe man sich einen uneingeschränkten Zugang zu hochwertigen und gerechten Unterrichtsbedingungen. Mit der Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 haben Eltern nun theoretisch die Wahl, ob ihre Kinder eine Förderschule oder eine Regelschule besuchen sollen. „Für die praktische Umsetzung müssen allerdings noch wesentliche Rahmenbedingungen verbessert

werden“, so Hanne Lang vom Nürnberger Elternverbands (NEV) und Veranstalterin des Abends.

Die Behindertenbeauftragte Badura und das Publikum waren sich einig, dass die Integration besonderer Kinder in Regelschulen neben der Beschulung an Förderschulen zunächst parallel möglich sein soll. Und Badura weiter: „Entscheidend dafür, wo das besondere Kind beschult wird, sollten die Möglichkeiten die individuelle Förderung und der Elternwille sein.“ Die Elternvertreter des NEV und BEV wiesen daraufhin, dass Sonderpädagogische Kompetenz in beiden Formen der Beschulung vorhanden sein muss. “

Einen weiteren schwerwiegenden Missstand im Förderschulwesen machten die anwesenden Förderschul-Junglehrer mit ihrer Darstellung der Anstellungspraxis in Bayern deutlich. Die Einstellungspolitik im Bereich der Förderschulen verfolgt seit Jahren eigentlich nur ein Ziel, nämlich dass der Freistaat Bayern Geld spart, indem er teuer und gut ausgebildete und dringend benötigte Sonderpädagogen in großer Zahl mit befristeten Jahresverträgen abspeist. Doch letztendlich ergeben sich aus dieser Einstellungspolitik und der Vergabe von befristeten Jahresverträgen pädagogisch nicht hinnehmbare Folgen für alle Beteiligten:

Kinder haben dadurch nur eine sehr kurze Bindung zu der für sie so wichtigen Bezugsperson Förderschullehrer. Das hat nicht nur verheerende Auswirkungen auf das Wohl der Kinder. Die Befristung der Verträge bringt für das Privatleben eines Förderschullehrers Probleme aller Arten mit sich, über Demotivation, erschwerten Partner-Beziehungen, der fehlenden Möglichkeit zur Lebensplanung bis hin zu häufigen und kostspieligen Wohnortwechseln in kurzer Zeit. Sich immer wieder aufs Neue in eine völlig andere Schul- und Klassensituation einarbeiten zu müssen, entwertet das bereits mühsam erarbeitete Wissen um die spezifische Schulsituation, die besondere Schülerpopulation und die jeweiligen Schulausstattungen. Ferner erfahren die Junglehrer oft erst kurz vor Schuljahresende von einem neuen Einsatzort nach den Ferien. Dazu kommt noch ein finanzieller Unterschied von bis zu 700 Euro pro Monat bei gleicher Tätigkeit im Vergleich zu den verbeamteten Kollegen. Da verwundert es kaum, dass die bei uns gut ausgebildeten Sonderpädagogen Bayern den Rücken kehren, denn Bayern bietet im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich schlechtere Bedingungen: Es hat die größten Klassen (11,2 Schüler im Schnitt) und die meisten Schüler (7,7) pro Lehrer. Im Vergleich dazu steht Spitzenreiter Baden-Württemberg hier mit 4,9 Schülern je Lehrer wesentlich attraktiver da. Auch ist in Bayern an Schulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung eine bis zu dreifache Klassenführung je Sonderschullehrer keine Seltenheit.

„Das Bündnis für faire und pädagogisch sinnvolle Einstellungspraxis (BffE)“, gegründet von jungen, frisch ausgebildeten Sonderpädagogen, „hofft auf mehr Aufmerksamkeit und endlich auch auf das Interesse der Medien, das bisher leider ausblieb“, so Florian Kohl, Mitbegründer des Bündnisses.

Die Landesvorsitzende des Bayerischen Elternverbands (BEV), Heike Hein bekundete, dass der BEV als Elternvertreter aller bayerischen Eltern der Staatregierung weiterhin "auf die Füße treten" wird , um sie an ihre christlichen, sozialen und liberalen Ziele und deren Umsetzung zu erinnern. Ferner mahnt der BEV mehr Akzeptanz von Unterschiedlichkeit innerhalb unserer Gesellschaft an. Schließlich leben wir alle auf demselben Planeten.